

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 10

Artikel: Um 180 Grad zu drehen!
Autor: Kobe, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um 180 Grad zu drehen!

Dem westschweizerischen Offizier, welcher dem Militärdepartement seinen Dienst aufkündigte und Bundesrat Gnägi sein Militärdienstbüchlein zurücksandte, weil der Bundesrat der erpresserischen Forderung der Fedayin so rasch entsprach und dies der Offizier mit der militärischen Ehre eines Schweizers nicht in Übereinstimmung zu bringen vermochte, ist zu gratulieren. Hätten nur mehr schweizerische Militärdienstpflichtige ebenso gehandelt.

Ebenso hätten nämlich schweizerische Armeeangehörige handeln können, wenn sie der Anregung eines Flugblattes der BGP und CSP gefolgt wären, das auf «Freitag, 11. September 1970, um 20.30 Uhr, in den Saal des Restaurant ‚Hirschen‘ in Egg» einlud mit den Fragen, die das ganze verwirrende Betroffensein der Einladenden zum Ausdruck bringt: «Wie kann uns so etwas nur geschehen, uns Schweizern? Gemeinheit! Und dann war die Wut und die Ohnmacht . . . Wie ohnmächtig sind wir eigentlich? Man könnte zum Beispiel . . . Ja was könnte man eigentlich . . . Gemeinheit! Und das uns Schweizern!»

Aus vorstehenden beiden Handlungsweisen kann man entnehmen, wie die Geiselnahme durch die Flugzeugkaperung irgendwie zutiefst die schweizerische Volksseele aufgewühlt hat, welche die Ohnmacht aller gewalttätigen militärischen Mittel, auf die man schwört, ans Licht zernte.

Alle die gewaltigen militärischen Machtmittel, deren Kosten das Mark der Völker aussaugen, mit denen man glaubt, Sicherheit, Ordnung und Frieden zwischen und in den Staaten garantieren zu können, sind durch das nahöstliche Geschehen augenfällig lahmgelegt worden. Was will man mit ihnen für diese hohen Werte im Vorderen Orient herausholen? Ohnmächtig bleiben ihre Kräfte gebunden, soll bei der politischen Konstellation im heutigen Weltgeschehen nicht ein verzehrender kriegerischer Weltbrand ausbrechen. Dies fürchten alle und besonders die, welche die Ausrüstungen zu einem modernen Kriegführen besitzen. Und dies mit Recht.

Aber wozu dienen Mittel, die man nicht einsetzen darf und die mindestens die Fedayin auch nicht abschrecken? – Nicht zu nichts, sondern sie bieten Anlass zur Erkenntnis, dass man sich wahrscheinlich auf einen falschen Weg eingelassen hat, um Konflikte zwischen den Staaten heutzutage regeln zu können. Militärische Machtmittel sind im grossen Weltkonzert nicht mehr brauchbar, weil sie mehr Unheil anrichten würden, als sie Dienste auszurichten vermöchten. Und jeder kleine Konflikt kann sich heute zu einem grosse auswachsen!

Insofern hat der schweizerische Offizier richtig gehandelt, als er durch sein Tun die Aufmerksamkeit unserer Öffentlichkeit schlicht auf diesen Zustand ausgerichtet hat. Allein, gerade dies wollte er ja nicht tun! Aber er hat es tatsächlich getan. Das, was er tun wollte, war sein ungebrochenes Vertrauen in die militärischen Machtmittel

auch heutzutage zu demonstrieren. Da dies aber ein Aberglaube ist, hat er durch sein Handeln wirklich unterstrichen, dass es mit diesen tatsächlich nicht mehr geht und deshalb vernünftig ist, ein solches System nicht mehr weiter zu unterstützen.

Was aber der Offizier vergessen hat, das heisst von seinen Voraussetzungen aus ja auch nicht tun konnte, ist, darauf unsere Nation hinzuweisen und von unseren Behörden zu verlangen, dass diese unsere Ohnmacht ausweisenden Ereignisse uns dazu bringen sollten, jetzt um 180 Grad umzudenken und dementsprechend zu lernen, bessere Wege zwischenstaatlichen Handelns in Konfliktfällen aufzubauen und unser Gesamtsein und Verhalten folgerichtig nach ihrer Weisung auszurichten.

Klar haben es die ersten vierzehn Tage dieses Septembers gezeigt, dass nicht militärische Machtmittel vor politischem Handeln und Entscheiden im Verkehr der Staaten und Mächte untereinander den Vorrang haben können, weil sie im Zeitalter des A-B-C-Krieges im Konfliktfalle nicht eingesetzt werden dürfen. Es haben Verständigung, Aufbau und Frieden schaffende politische Mittel, bei deren Anwendung man miteinander spricht und das gegenseitige relativ Tunliche herausstellt und seiner Verwirklichung zuführen kann, in erster und entscheidender Linie eingesetzt zu werden und sind bis zum äussersten geduldig und zäh auszunutzen. Dies gilt gegenüber allen Staaten und Völkern, nicht zuletzt gegenüber denen der Dritten Welt, wie die schwelenden und möglichen Unheil für die Welt in sich speichernden Kriegsherde in Vietnam und im Vorderen Orient beispielsweise eindrücklich zeigen.

In zweiter Linie haben den politischen Mitteln echte wirtschaftliche Aufbau- und Diensthilfen zur Seite zu treten, die den einzelnen Staaten ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, gemäss ihrem Leistungsvermögen, erlauben und sie dem Netze eines ordentlichen Handelsverkehrs einordnen.

In dritter Linie ist durch die Neuschaffung eines verbindlichen Völkerrechtes, zu dem gewisse Voraussetzungen schon in der Charta von San Francisco und in dem sich seit dem zweiten Weltkrieg abwickelnden Handeln der UNO gegeben sind, dem friedenschaffenden Aufbau der Staatengemeinschaft ein gerechte Einordnung verschaffendes Gerüst zu geben.

Das, was bisher in erster Linie stand, die militärischen Machtmittel, hat raschmöglichst in allen Staaten und Staatengruppierungen, zugunsten einer Polizeitruppe der UNO, zugleich verbunden mit dem Ziel ganz zu verschwinden, an vierte Stelle zurückzusinken. Das Militär hat bisher auf der ganzen Erde budgetmässig direkt und indirekt den grössten Teil der Staatsausgaben, entgegen den Bedürfnissen der Völker, verschlungen. Die Entwicklung des Menschheitsbewusstseins und der Technik haben alle militärischen Rüstungen mit ihren Armeen, Kriegsschiffen und Flugzeugen unzeitgemäss werden

lassen, so wie für uns heute Stadtmauern und Ritterpanzer nur noch historischen Erinnerungswert haben.

Gerade den kleinen Staaten ist in diesem Umdenken und bei der Neuorganisierung ihrer äusseren Politik die Vorhand gegeben. Ihre machtpolitische Ohnmächtigkeit, die auch durch militärischen Grössenwahn und patriotische, das heisst nationalistische, Heldenverehrung nicht tatkräftiger aufpoliert werden kann, schenkt ihnen die einzigartige Gelegenheit eine Vorhandlung zu leisten, welche den Grossen, wegen ihren Bündnisverwicklungen, bedeutend schwerer fällt. Der Geist eines positiven Patriotismus in der Schweiz vermöchte sie dazu zu führen, dass sie in dieser, durch die Zeitläufe allen Staaten aufgezwungenen, Neuordnung ihres aussenpolitischen staatlichen Handelns, anstossgebend wirken kann.

Dieser Weg wäre der aus dem geschichtlichen Werden unserer Sprachen, Konfessionen und Völker verbindenden Eidgenossenschaft gewachsenen Lehre würdig. Ihn aufnehmend und verfolgend könnte unser Empfinden der Ohnmacht sich in ein Verpflichtetsein zu einem den Frieden zwischen den Staaten aufbauenden Mithandeln verwandeln.

Willi Kobe

Unterstützung der griechischen Militärdiktatur durch USA-Waffenlieferungen

Der amerikanische Verteidigungsminister Melvin Laird hat im Auftrag der Nixon-Regierung der griechischen Militärdiktatur uneingeschränkte Waffenlieferungen zugesagt. Die Regierung Johnson hatte die Militärhilfe nach dem Putsch vom 21. April 1967 eingestellt. Die amerikanische Presse nimmt kritisch Stellung zu den neuesten Geschehnissen. Die «New York Times» geben bekannt, dass das Pentagon trotz dem Waffenlieferungsverbot nach Griechenland in den letzten drei Jahren für 162 Millionen Dollar leichte Waffen an die griechische Armee geliefert habe. Die USA erklären jetzt, Griechenland müsse aufgerüstet werden als Gegengewicht gegen die Aktivität der Sowjetflotte im Mittelmeer, denn dieses Meer solle, wie Nixon sagt, das Meer aller Länder sein. Amerikanische Pressestimmen, im Ausland lebende Exilpolitiker, wie der Minister Andreas Papandreou und Zeitungsherausgeber, der dänische Aussenminister, das norwegische Parlament und sozialdemokratische Abgeordnete in Bonn protestieren gegen die militärische Hilfe an die Junta durch die USA. Sie betonen, wie auch *William S. Fulbright*, der Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Senats, dass bei der Junta gar keine Anzeichen zur Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie vorhanden seien. Durch diese Militärhilfe wird die Diktatur fest unter-